



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Kurzprotokoll der 11. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 18. Januar 2023, 14:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Paul Lehrieder, MdB

Tagesordnung nicht öffentlich

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 4**

Beratung und Beschlussfassung über den
Tätigkeitsbericht zur Vorsitzzeit der Abg.
Sarah Lahrkamp

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 4**

Besuch der Kinderkommission beim
Bundespräsidenten in der 20. Wahlperiode

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 4**

2. Vernetzungstreffen mit den Kinderkommissionen
und Kinderbeauftragten der Länder im Jahr 2023

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 4**

Sonstiges

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 4**

Nicht öffentliches Expertengespräch zum Thema
„Cybergrooming – Teil 1“



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 4



Anwesenheitsliste

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Anwesenheit	Stellvertretende Mitglieder	Anwesenheit
SPD	Lahrkamp, Sarah	<input checked="" type="checkbox"/>	Hostert, Jasmina	<input type="checkbox"/>
CDU/CSU	Lehrieder, Paul	<input checked="" type="checkbox"/>	Leikert, Dr. Katja	<input type="checkbox"/>
BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN	Fester, Emilia	<input checked="" type="checkbox"/>	Stahr, Nina	<input type="checkbox"/>
FDP	Seestern-Pauly, Matthias	<input checked="" type="checkbox"/>	Adler, Katja	<input type="checkbox"/>
AfD	Bollmann, Gereon	<input checked="" type="checkbox"/>	Storch, Beatrix von	<input type="checkbox"/>
DIE LINKE.	Reichinnek, Heidi	<input checked="" type="checkbox"/>	Akbulut, Gökay	<input type="checkbox"/>

Gäste

Funktion	Name	Anwesenheit
Sachverständiger	Jarolimek, Stefan, Prof. Dr.	<input checked="" type="checkbox"/>



Tagesordnungspunkt 1

Beratung und Beschlussfassung über den Tätigkeitsbericht zur Vorsitzzeit der Abg. Sarah Lahrkamp

Es wurde beschlossen, den Tätigkeitsbericht ohne
Änderungen dem Hauptausschuss vorzulegen und
ihn anschließend zu veröffentlichen.

Tagesordnungspunkt 2

Besuch der Kinderkommission beim Bundespräsidenten in der 20. Wahlperiode

Es wurde beschlossen, das Sekretariat mit der
Einleitung erster Planungsschritte für einen
möglichst zeitnahen Besuch der
Kinderkommission beim Bundespräsidenten zu
beauftragen.

Tagesordnungspunkt 3

2. Vernetzungstreffen mit den Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten der Länder im Jahr 2023

Es wurde beschlossen, dem Sekretariat der
Niedersächsischen Kinder- und
Jugendkommission als Termin für das 2.
Vernetzungstreffen den 27. September 2023
vorzuschlagen oder in Abstimmung mit der
Terminierung der Kinder- und Jugendfragestunde
einen Termin im Oktober anzubieten. Die
Entscheidung über den Ort dieses Treffens soll
offen bleiben, bis feststeht, wann die Kinder- und
Jugendfragestunde im Bundestag stattfinden wird.

Das Sekretariat wurde beauftragt, der
Niedersächsischen Kinder- und
Jugendkommission entsprechend zu antworten.

Tagesordnungspunkt 4

Sonstiges

Es wurde einstimmig beschlossen, dass in der
nächsten Sitzung am 25. Januar 2023 die
Beschlussfassung zur Durchführung hybrider
Sitzungen gemäß den Regelungen der geänderten
Geschäftsordnung des Bundestages erfolgen soll.
Des Weiteren soll dann die Frage der
Öffentlichkeit der Sitzungen der
Kinderkommission besprochen werden.

Die Mitglieder wurden gebeten, bis zum Ende der
laufenden Kalenderwoche zu eruieren, ob bereits
auf die Zuschrift vom 6. Januar 2023 geantwortet
wurde. Das Ergebnis solle dann dem Sekretariat
der Kinderkommission mitgeteilt werden. In
diesem Zusammenhang wurde einstimmig
beschlossen, das Sekretariat zu beauftragen, einen
Antwortentwurf auf die Zuschrift zu fertigen, falls
die entsprechenden Büros noch nicht auf die
Zuschrift geantwortet haben.

Tagesordnungspunkt 5

Nicht öffentliches Expertengespräch zum Thema „Cybergrooming – Teil 1“

Der **Vorsitzende** begrüßt den anwesenden
Sachverständigen, Prof. Dr. Stefan Jarolimek von
der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster
für das Fachgespräch und stellt noch einmal den
Themenschwerpunkt „Kinder- und Jugendschutz“
seiner Vorsitzzeit dar. Dieser Komplex würde
einerseits von der digitalen Seite (Internet) als
auch von der alltäglichen Seite betrachtet. Es solle
im heutigen Fachgespräch um das Thema
„Cybergrooming“ gehen. Hintergrund des
Themenkomplexes „Kinderschutz“ sei unter
anderem das Aufdecken der Missbrauchsfälle vor
10, 12 Jahren gewesen.

Prof. Dr. Jarolimek solle zu Beginn kurz in das
Thema einführen, um im Anschluss in den
Austausch treten zu können. Um dieses Thema
bearbeiten zu können, sollten folgende Fragen
durch die Expertise des Sachverständigen



beantwortet werden: Wie weit sind wir? Was können wir tun? Inwieweit ist das Kinder- und Jugendschutzgesetz mittlerweile in Kraft? Wie sieht es mit dem erweiterten Führungszeugnis aus? Was passiert im Internet in puncto Jugendschutz? Der Vorsitzende verweise darauf, dass von der Sitzung ein Kurzprotokoll erstellt werden würde und erklärte, dass die Kinderkommission über Parteigrenzen hinweg um Konsens und Einigkeit bemüht sei.

Zum Schluss erwähnt der Vorsitzende noch das Maskottchen der Kinderkommission, welches neben ihm platziert sei. Diesen gäbe es jetzt seit 20 Jahren und symbolisiere die Gelassenheit mit denen sich die Kinderkommission ihren Aufgaben widme.

Prof. Dr. Stefan Jarolimek (Deutsche Hochschule der Polizei in Münster) bedankt sich für die Einladung und begründet seine Einladung in die Kinderkommission damit, dass er viel mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeite.

Für ihn sei „Cybergrooming“ ein Phänomen, bei dem Erwachsene versuchten mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt zu treten, um sich über das Internet im realen Leben zu verabreden, Kinder und Jugendliche zu bedrohen, aufzufordern, freizügige Fotos und Videos zu senden oder selbst Nacktbilder zu verschicken. Als Wissenschaftler beobachte er, dass dieses Thema eine Forschungslücke darstelle und leider deren Wichtigkeit auch bei Drittmittelgebern noch nicht angekommen sei. Ein Antrag mit einem Konsortium aus Game-Verband, Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) und der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz sei vor kurzem abgelehnt worden. Eine Rolle könne hierfür die entsprechende Finanzlage gespielt haben. Er glaube jedoch, dass dem Thema durch den Fall „Ayleen“ in Baden-Württemberg mehr Wichtigkeit eingeräumt werde.

Aktuell sei eine Studie der Medienanstalt Nordrhein-Westfalen erschienen, deren Umfrageergebnisse interessant seien: Die Bedeutung der Foren und Chatfunktionen bei den

Plattformen Tik Tok, Instagram und YouTube aber auch bei den Online-Spielen von X-Box und Playstation habe zugenommen. Darüber seien die Kinder und Jugendlichen ansprechbar und darüber würde auch untereinander kommuniziert. Vielen Eltern sei nicht bewusst, was im Kinderzimmer passiere.

Des Weiteren sei in der Studie deutlich geworden, dass darüber bereits 25% schon einmal im Internet zu einer Verabredung angesprochen worden seien. 10 bis 15% seien auch zu anderen Formen aufgerufen worden. Dies passiere über alle Alterskohorten hinweg. Dies deute bereits auf ein hohes Maß an Kontaktaufnahmen hin.

Interessant seien auch die Wünsche der Befragten nach einer Meldestelle, obwohl es doch genügend Meldestellen gäbe. Vielleicht gebe es zu viele Meldestellen und die Betroffenen wüssten nicht ob sie sich nun an die Polizei, ZEBRA Nordrhein-Westfalen, der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) e.V., eco – Verband der Internetwirtschaft e.V. oder der Internetbeschwerdestelle melden sollten. Es werde auch mehr Aufklärung an Schulen und Gespräche in der Familie gewünscht. Auffällig sei, wobei Prof. Dr. Jarolimek dies nicht richtig deuten könne, dass vor allem Kinder und Jugendliche an Haupt-, Berufs- und Realschulen betroffen seien.

Beim Thema Cybergrooming im Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes sei man bei der Polizei des Bundes und der Länder eher im Bereich der strategischen Kommunikation unterwegs. Es gebe zahlreiche Präventionsbeiträge zum Beispiel vom „Programm Polizeiliche Kriminalprävention“, „klicksafe“ oder „Schau hin!“. Die Schwäche daran sei, dass es zu viele seien und man die Zielgruppen nicht erreiche. Die Prävention sei derzeit nicht dort, wo die Zielgruppe sei. Also nicht bei Tik Tok oder YouTube. Tik Tok würde - wenn überhaupt - von der Polizei lediglich als Nachwuchsgewinnung genutzt werden. In der Schweiz würde zum Beispiel Tik Tok zur Prävention und Jugendarbeit genutzt. Bei uns sei immer der Datenschutz das Problem und er frage sich, ob hier Datenschutz vor Leben ginge. Vielleicht müsse an dieser Stelle nachgebessert werden. Wichtig um die Zielgruppen zu erreichen, seien nach wie vor die



Schulen. Leider hätten die Lehrer nicht das Verständnis dafür, wie die Spiele laufen. Die Lehrer seien bei den Trends der Kinder und Jugendlichen hinterher und könnten mit den meisten Dingen nichts anfangen und umgehen.

Es gebe sehr viele Partner und entsprechende Stakeholder, die sich mit diesem Gebiet beschäftigten. Allein im Bereich der Polizei gebe es die Polizei des Bundestages sowie weitere 19 Polizeien in Deutschland, die aber leider nicht zusammenarbeiten würden. Auch die Polizeien eines Bundeslandes würden nicht schauen, was die Polizei des Nachbarkreises täte. Dies sei bei anderen Straftaten wie zum Beispiel Serieldelikten zum Nachteil älterer Menschen ähnlich. Jede Polizei mache eigene Kampagnen mit eigenen Botschaften. Das solle nicht heißen, dass der Föderalismus ein Problem darstelle, jedoch sei er oft ein Hinderungsgrund. Die ProPK sei eine Bund-/Ländereinrichtung, jedoch sei sie finanziell und personell so schlecht ausgerüstet, um die Vielzahl an Themen gut abzudecken. Daneben gebe es die zahlreichen Anbietervarianten wie zum Beispiel den Game-Verband, die natürlich als Unternehmen andere Ziele verfolgten, als den Kinder- und Jugendmedienschutz. Auf der Jugendschutzebene gebe es die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz vom Bundesfamilienministerium, jugendschutz.net, klicksafe und „Schau Hin!“. Darüber hinaus gebe es die verschiedenen Selbstkontrollinstanzen Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle, Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V. und die Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. Zusammenfassend seien dies zahlreiche Partner mit unterschiedlichsten Interessenlagen. Die Medienregulierung könne bei der Schnelligkeit der Entwicklung der jeweiligen Phänomene nicht mithalten. Auch all die Selbstkontrollinstanzen hätten eine ganz andere Entstehungsgeschichte. Die Hauptzielgruppe seien klar die Kinder und Jugendlichen und als Multiplikator*innen die Lehrer*innen und Eltern.

Prof. Dr. Jarolimek führt aus, er wünsche sich eine starke Medienkompetenz für alle. Seine Generation, die Mitte der 70er Jahre des 20.

Jahrhunderts geboren sei, sei mit einem Amiga und Commodore C64 groß geworden. Da habe es kein „online“ gegeben, sondern „Floppy-Disks“ und „Datasette“. Beim Fernseher habe man sich gefragt, warum dieser 8 Knöpfe habe, wenn es doch nur drei Programme gäbe. Alles habe sich extrem geändert, und das Verständnis dafür sei nicht da. Es sei nicht wie früher, dass der Commodore 64 im Kinderzimmer sei und das deshalb alles im Kinderzimmer bleibe. Man könne heute überall gefilmt und getrackt werden, sei überall ansprechbar und würde in Chats angesprochen.

Prof. Dr. Jarolimek würde sich daher im Bereich des Jugendmedienschutzes für eine zielgruppenorientierte Aufklärungskampagne auf Tik Tok, Instagram und YouTube wünschen, also dort, wo die Zielgruppe auch wirklich sei. Dabei sei er sich des Problems des Datenschutzes bewusst, dass Tik Tok ein chinesisches Unternehmen sei. Er wünsche sich kurze Videos, die den entsprechenden Algorithmus bedienen. So wie man selbst Fernsehen schaue, schauten sich die Jugendlichen stundenlang kurze Videos an. Dabei könne dem Beispiel „Herr Anwalt“ auf Instagram gefolgt werden, der täglich ganz kleinteilig ein juristisches Problem beschreibe. Oder man könne kurz Untertitel bei angesagten Musikvideos einblenden, damit die Nutzer*innen wenn sie das Video erneut schauen erneut den Untertitel sähen. Es gebe bestimmte professionelle Tricks.

Es müsse die Zusammenarbeit mit den Anbietern verbessert werden. Es sei wichtig, dass die großen Spieleanbieter, die Game-Verbände und die Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle ins Gespräch und die Zusammenarbeit vielleicht sogar gezwungen würden. Der politische Druck könne an dieser Stelle vielleicht hilfreich sein. Prof. Dr. Jarolimek erinnere sich in diesem Zusammenhang an die Einführung der Suchmaschinenfilter, bei der sich die Anbieter ebenfalls stäubten, da sie selbst keine Inhalte darstellten, sondern nur eine Suche ermöglichten. Ähnlich verhalte es sich bei den Spielekonsolen. Eltern bräuchten hier klare Handlungsanweisungen, wie man die Einstellungen der X-Box oder PlayStation ändern



könnte, damit der Chat gesperrt würde. Die Eltern kauften diese Konsolen, stellten sie hin und die Kinder spielen drauflos.

Auch Twitch, die Spieleplattform, welche seit 5, 6 Jahren in den Top 5 der meistgenutzten Internetseiten in Deutschland ist, kenne niemand von seinen Führungskräften bei der Polizei. Dort gebe es mittlerweile reine Gesprächsforen und nicht mehr nur Spiele.

Im Bereich der Strafverfolgung und damit beim LKA sei in den letzten Jahren im Bereich Cybercrime sehr aufgerüstet worden. Dennoch müsse bei den Kompetenzen der Polizei, wie mit den digitalen Delikten umzugehen sei, nachgeschärft werden. Eine digitale Polizeistation wäre hilfreich. Behörden bräuchten leider 20 Jahre für etwas, was andere schneller machten. Die Sendung Böhmermann habe in der letzten Woche gezeigt, wie schlecht Behörden bei Onlineanzeigen in Bezug auf Beleidigungen und anderen Delikten im Internet aufgestellt seien.

Abschließend sei zu sagen, dass gerade Eltern in der Pflicht seien, aufgeklärt zu werden, was bei den Kindern passiere. Man kann in diesem Zusammenhang auch nicht davon sprechen, dass nur die sogenannten sozial schwachen oder bildungsfernen Schichten betroffen seien, sondern dieses Problem ziehe sich durch sämtliche Schichten und Schulformen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Prof. Dr. Jarolimek. Er habe zu Beginn eine Verständnisfrage in Bezug auf die angesprochenen Meldestellen. Sei es richtig, dass man mit einer Hotline, ähnlich dem Frauennotruf, nicht die Jugendlichen erreiche? Es stelle sich ihm die Frage, wie man diese Meldestellen hinbekomme und wie könne man sie digitaler erreichbar machen? Und müssten diese dann auch für Anzeichen der Eltern, wenn diese etwas auf dem Gerät der Kinder gefunden hätten, zuständig sein?

Darüber hinaus sei der Vorsitzende über die fehlende Zusammenarbeit der 18 verschiedenen Polizeien erschüttert. Daher frage er sich, ob es

nicht Sinn ergeben würde, wenn die Kinderkommission dieses Thema über die Innenministerkonferenz in die Polizeidirektionen einfließen ließe, damit sich die Länderpolizeien sich dessen einmal annähmen. Er sehe es als ineffizient an, wenn die 18 Polizeien nicht wüssten, was die jeweils andere tue. Das Internet halte sich nicht an Landesgrenzen.

Die Forderung nach der Medienkompetenz für alle sehe der Vorsitzende auch. Er erkenne diese Problematik bei sich selbst, da seine Söhne besser Bescheid wüssten als er.

Abg. **Matthias Seestern-Pauly** (FDP) bedankt sich ebenfalls beim Sachverständigen. Er werde die Frage nach der besseren Kooperation der verschiedenen Länderpolizeien vertiefen. Er wolle sich vergewissern, dass Prof. Dr. Jarolimek bemängelte, dass nicht nur die Kooperation der Polizeien zwischen den Bundesländern, sondern auch innerhalb eines Bundeslandes nicht funktioniere. Hierbei interessiere es ihn, woran das liegen könnte und ob es zum Beispiel an entsprechenden Vorschriften läge.

Die zweite Frage behandle die Kompetenzen der Eltern und wie Prof. Dr. Jarolimek diese einschätze. Es könne nur Gespräche zur Sensibilisierung zwischen Kindern und Eltern in diesem Bereich geben, wenn zumindest eine Grundkompetenz darin bei den Eltern vorhanden sei. Wie sähen die Chancen in diesem Bereich aus, die Eltern hierzu zu befähigen? In diesem Zusammenhang spielten auch die Aufklärung in der Schule, die Fortbildungsmöglichkeiten und die Bereitschaft der Lehrerinnen und Lehrer, in diesem Bereich aktiver zu werden, eine entscheidende Rolle. Das Internet verändere sich stetig, und um mit den Schülerinnen und Schülern auf Augenhöhe darüber zu diskutieren und sie zu sensibilisieren, müssten Kenntnisse aufgebaut oder aufgefrischt werden. Hierbei interessiere es den Abgeordneten, ob es Möglichkeiten gebe, über die Schulen an die Eltern heranzukommen, um auf diese einzuwirken.

Prof. Dr. Stefan Jarolimek (Deutsche Hochschule



der Polizei in Münster) führt aus, er glaube, dass eine Telefonnummer nicht mehr der adäquate Weg sei, um Kinder und Jugendliche zu erreichen. Jugendliche und junge Erwachsene telefonierten heute nicht mehr. Das Telefon würde für vieles genutzt, aber nicht zum Telefonieren. Es wäre ein einfaches Meldewesen notwendig, was schnell funktioniere, ohne dass ein Formular mit vielen Angaben ausgefüllt werden müsse. Er hielte auch ein gemeinsames großes Meldewesen für zielführender als mehrere unterschiedliche. Dabei müsse man natürlich die notwendigen personellen und finanziellen Kapazitäten im Blick haben. Beispielsweise die Internetbeschwerdestellen von FSM und Eco seien nicht mit so viel Manpower ausgestattet. Würden diese Stellen nun mit der kompletten Prüfung belastet, wisse er nicht, ob diese Prüfung dort vollständig und schnell durchgeführt werden könnte. Ähnlich sehe es bei ZEBRA, der Onlineplattform für Fragen zum digitalen Alltag der Landesanstalt für Medien des Landes NRW, aus. Ihm sei nicht bekannt, wie viele Personen dahintersteckten. Es wäre eine Überlegung wert, ob ein zentrales Meldewesen geschaffen werden könne, das einfach funktioniere und für Kinder und Jugendliche erreichbar und zugänglich sei, ohne diese Hürde „Eltern“, die ja vielleicht auch peinlich sein könne.

Zur Frage des Abgeordneten Seestern-Pauly nach der Unterschiedlichkeit innerhalb der Polizeien, führt er aus, diese sei darin begründet, dass diese innerhalb der Bundesländer sehr geschlossen seien und sich vornehmlich innerhalb ihres Bundeslandes verständigten. Dabei sei die Abstimmung in den kleineren Ländern, etwa Brandenburg, Saarland, etc., relativ einfach. In Bayern gebe es zwar beispielsweise eine Verfahrenskoordination für Social Media, wo regelmäßig Absprachen stattfänden. Bei einzelnen Kurzkampagnen mache aber jeder seines, abhängig davon, welche Delikte gerade im Fokus stünden. Hinzu komme, dass es in Deutschland folgendes Phänomen gebe: Niedersachsen habe sehr schnell die Onlinerecherche in Einsatzleitstellen eingeführt. Die dafür zuständigen Beamten hießen „Intel Officer“. Dann habe Nordrhein-Westfalen etwas Vergleichbares eingeführt, die zuständigen Beamten dürften dort aber nicht so heißen wie in Niedersachsen, weil man natürlich alles selbst neu

erfunden habe. Also heiße es dort GMKC, während es in Bayern es „Sentinel“ heiße. Und was in Köln gemacht werde, werde in Düsseldorf schon lange nicht gemacht. So habe man überall Insellösungen. Er weise immer wieder darauf hin, dass gerade die kleineren Behörden die Inhalte des ProPK (*Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes*) nutzen sollten. Aber auch dort fehle die Man-Power. Es sei eine gute Idee, das über die Innenministerkonferenz zu thematisieren, wobei dafür oft der Zugang fehle. Er selbst könne beispielsweise nur bis zu einer bestimmten Ebene Berichte einreichen.

Die Frage der Kompetenz der Eltern sei schwierig. Da brauche es ganz konkrete Handlungsanweisungen, beispielsweise dazu, wie man einen Chat mit einer Jugendschutz-PIN sperren könne. Um die Kompetenz der Eltern zu schulen, müsse man da wirklich kleinteilig herangehen. Die PlayStation entwickle sich zwar weiter, aber die Jugendschutzeinstellungen seien einfach. Es sei zudem wichtig, ins Gespräch zu kommen, beispielsweise darüber, was die Kinder spielten und ob sie dort chatteten. Das sei relativ einfach. Hinzukommen müsse eine gewisse Aufklärung, das erlebe er in den Schulen seiner Kinder sehr unterschiedlich. Seine Tochter sei auf einem Gymnasium, sein Sohn auf einer integrierten Sekundarschule. Dort sei quasi mit Beginn des Übergangs in die 7. Klasse und im eigenen Chat von der Direktorin direkt hingewiesen worden auf Mobbing, auf verschiedene Gefahren und Regeln. In verschiedenen Trainings, auch mit der Polizei, sei das vertieft worden. Er glaube, dass manche Schulformen da schon sensibilisierter seien als andere. Mittlerweile sei auch die Bandbreite an Sozialarbeitern an den Schulen relativ flächendeckend, wobei diese vielleicht auch zu viel zu tun hätten. Die Bereitschaft der Lehrer könne er ganz schlecht einschätzen, das sei wohl typabhängig. Während der Corona-Phase habe man gemerkt, dass manche sich eher gesträubt hätten, weil sie „dafür nicht Lehrer geworden seien, um am Computer zu hocken“, sondern sie wollten mit Kreide vor der Tafel stehen. Aber wie bei allen neuen Themen sei es natürlich unablässig, das jetzt in die Aus- und Fortbildung einzubringen. Dann sei wiederum fraglich, wie



man alle Lehrer bundesweit zu diesem Thema fortgebildet bekomme. Das sei eine Mammutaufgabe.

Der **Vorsitzende**: dankt Prof. Dr. Jarolimek. Nach seiner Einschätzung sei schon viel erreicht, wenn man zumindest an jeder Schule unabhängig von der Schulform einen Lehrer, einen internetaffinen Spezialisten, hätte, auf den die Kollegen dann zugehen könnten. Es gebe gute junge Kollegen, die dazu befähigt seien. Dazu müsse es dann in der Lehrerfortbildung etwas geben. Auch sei da sicher vieles, was im Curriculum noch verbessert werden könne. Insgesamt müsse Unterricht zu lebenspraktischen Dingen stärker angeboten werden, zum Beispiel auch dazu, wie man einen Vertrag abschließe oder welche Versicherungen man brauche. Das könne natürlich auch dazu führen, dass man die Eltern einbeziehe, die dann aufpassen, was die Kinder mit Medien machten, ganz wie es so schön in der Werbung der Bundesregierung heiße: „Sieh an, was dein Kind mit Medien macht“.

Abg. **Sarah Lahrkamp** (SPD) äußert, sie habe als Mutter von vier Kindern, zwei davon Teenies, vieles wiedererkannt und könne nur bestätigen, dass da eine Menge passiere, auch im Internet. Ihrer Ansicht nach müsse man breit an das Thema herangehen. Es gebe viele Möglichkeiten. Zum einen müsse, wie Prof. Dr. Jarolimek ausgeführt habe, die Medienkompetenz gestärkt werden, sowohl für Kinder als auch für Eltern, Lehrer, und hoffentlich auch die Polizei. Auf der anderen Seite müsse man natürlich auch darauf achten, dass man nicht nur auf die Kinder schaue und diese in die Pflicht nehme, sich zu bemühen, sondern dass man natürlich auch schaut, wie man etwas sicherer machen könne. Wenn sie ihrem 14-Jährigen den Chat sperren würde und er nicht mehr chatten könnte über PlayStation und Twitch, wäre das wahrscheinlich eine mittelschwere Katastrophe für ihn. So, wie sie es erlebe, sei das Internet heute einfach nicht mehr wegzudenken. Man müsse schauen, wie man damit umgehen könne.

Ihre Frage an Prof. Dr. Jarolimek beziehe sich auf das Meldewesen in Chats. In vielen Social Media

Systemen gebe es schon Möglichkeiten, Beiträge zu melden, die man für verdächtig halte. Erst am Vortag habe man in ihrer AG noch mit Frau Claus, der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs gesprochen. Da habe man die Problematik der Chatforen angesprochen. Man wisse ja gar nicht, mit wem man da wirklich rede. Es wäre vielleicht eine Möglichkeit, eine Art roten Button einzurichten, mit dem man unmittelbar den Chat melden oder abbrechen könne. Sie könne sich vorstellen, dass man Dinge eher unter den Tisch fallen lasse, wenn man erst irgendwo anrufen müsse oder sich irgendwem anvertrauen solle. Da gebe es natürlich ganz viele Möglichkeiten.

Eltern seien schwierig. Sie kenne die Dinge, mit denen ihr Sohn sich befasse. Sie schaue auch immer mal wieder rein, aber sie sitze natürlich nicht daneben. Ihr Sohn sei 14, das würde er auch auf keinen Fall mitmachen. Dennoch sei es natürlich schon wichtig, dass sowohl Eltern als auch Kinder und Lehrer die Grundzüge verstanden hätten. Sie fragt, ob es nach Einschätzung von Prof. Dr. Jarolimek vielleicht an der Zeit wäre, das ganze System ein bisschen weiterzuentwickeln in Richtung eines digitalen Unterrichtsfachs oder eines Fachs zu Medien generell, wo man dann auch wirklich Fachkräfte habe, die dafür ausgebildet worden seien. Vielleicht sei dabei auch eine Zusammenarbeit mit der Polizei möglich, so dass man diese Themen dann fortlaufend besprechen könne. In diesem Bereich ändere sich vieles so schnell. Was sie als Mutter heute wisse, das sei in vier Wochen teilweise schon wieder überholt. Das werde den Lehrern nicht anders gehen. Deshalb bringe eine Jahresfortbildung ihrer Einschätzung nach auch nicht wirklich viel.

Abg. **Emilia Johanna Fester** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht die Frage der Glaubwürdigkeit an. Es gebe sehr viel fehlendes Wissen über die Lebenswelt der jungen Menschen in den digitalen Medien und über die Funktionsweise der digitalen Orte. Das werde oft abgetan als ein „Daddeln“ oder eben ein gefährlicher Ort. Das betreffe Eltern, Fachpersonal in Schulen, aber auch Polizeikommissariate. Im Zweifel wüssten die Beamten gar nicht, was zum Beispiel Twitch



sei. So komme es zu einem Glaubwürdigkeitsproblem.

Auf die Frage vom Kollegen Seestern-Pauly, was ältere Menschen tun könnten, um zu unterstützen, sei die Antwort erstmal nur gewesen, man könnte eine Schulung machen, wie man Chats sperrt. Das sei schon richtig, sie wolle das nicht kleinreden. Sie glaube nur, dass man politisch auch einmal den Blick darauf wenden könnte, inwiefern man präventiv in ein besseres Gespräch auf Augenhöhe zwischen den Generationen kommen könnte, bittet dazu um Einschätzung. Wie können Fachpersonal, Polizei und auch die Elternschaft insgesamt eine höhere Glaubwürdigkeit im Umgang mit sozialen Medien gewinnen, damit man die Gespräche auf Augenhöhe führen könne und es nicht, wie die Abg. Lahrkamp angesprochen habe, auf „ich verbiete dir jetzt den Chat“ hinauslaufe? Man müsse ein Gespräch darüber führen können, ob es sinnvoll sei, gewisse Chats weiterzuführen, oder eine offene Tür bereitstellen, falls auch mal ein mulmiges Gefühl bei den Kindern und Jugendlichen entstehe. Dann traue man sich eher zu fragen oder habe das Gefühl, eine Ansprechpartnerin zu gewinnen, wenn man eine glaubwürdige Elternperson vor sich habe, die sich da auskenne.

Dann fragt sie, was nach Einschätzung von Prof. Dr. Jarolimek Kinder und Jugendliche anfällig mache für Cybergrooming. Er habe bereits angesprochen, dass er davon ausgehe, diese Anfälligkeit habe nichts mit der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Schicht zu tun. Betreffe Cybergrooming alle? Gebe es schon, je nachdem, wie sensibel Schulen seien, präventive Maßnahmen? Sie fragt, ob zum Beispiel auch fehlende Sexualpädagogik auf Augenhöhe dazu führen könne, dass Jugendliche anfälliger dafür seien, auf Cybergrooming zu stoßen.

Prof. Dr. Stefan Jarolimek (Deutsche Hochschule der Polizei in Münster) antwortet zunächst auf die Fragen der Abgeordneten Lahrkamp.

Ein einfaches Meldewesen wäre gut. Bei einigen Plattformen gebe es beispielsweise einen Button zum „Nutzer melden“. Im Rahmen einer

Anbietervorsorge könne so etwas vielleicht flächendeckend eingeführt werden, damit die Nutzer bei allen Spielen, Plattformen etc. melden könnten.

Schon seit langer Zeit sei immer wieder ein Schulfach „Medienkunde“ Thema. Er sehe es bei der Entwicklung seines eigenen Fachs, das aus Publizistik, Zeitungskunde und einem großen Teil Germanistik bestehe, dass eine Umwidmung stattfinde. Man mache irgendwas mit Fernsehen, dann könne man ja auch Medienkunde machen. Ähnlich sei das in Schulen. Ein bisschen Medien, ein bisschen Deutschunterricht – aber ein eigenes Unterrichtsfach, wie auch Wirtschaft, Arbeit, Technik oder so etwas, gebe es eben nicht. Es wird vorausgesetzt, dass das Alltagswissen sei, was man einfach könne, so wie man nebenbei irgendwie kochen lerne. Immer, wenn es so etwas gegeben habe, sei das nur Material für Vertretungsstunden gewesen. Vor etwa zehn Jahren, habe es die „Internauten“ gegeben. Das sei ein Koffer für Eltern gewesen, um in Freistunden Unterricht zu Medienkompetenz und Umgang mit Internet zu machen. Das sei dann wieder verschwunden, wie es immer wieder passiere. Das wäre wirklich ein toller Weg. Es sei schon oft thematisiert worden, das Curriculum an Schulen dahingehend zu verändern, dass nicht nur irgendwelche Grundschullehrer*innen oder Fachlehrer an den Gymnasien oder weiterführenden Schulen so etwas nebenbei machen müssten, sondern dass es da wirklich spezialisierte Lehrer gebe, die sich auch entsprechend immer wieder fortbildeten. Er frage sich jedes Jahr, warum er nicht Historiker geworden sei, weil er jedes Jahr seine Vorlesungen im Mediensystem komplett neu stricken müsse, weil sich so viel geändert habe. Aber wie er bereits gesagt habe, sei das schon sehr lange und bei jedem neuen Problem immer wieder im Gespräch und komme dann doch nie. Oft seien andere Lehrer unzufrieden, weil sie dafür Stunden abgeben sollten, da gebe es vielleicht Bereichsivalitäten. Aber eigentlich wäre das ein sehr guter Weg, Spezialisten in die Schulen zu bringen, die dann auch eher mit den Eltern gemeinsam sprechen könnten.

Auf die Frage der Abgeordneten Fester antwortet



er, er habe ein etwas anderes Verständnis von dem Begriff „Glaubwürdigkeitsproblem“. Es habe nach seiner Einschätzung eher mit Unverständnis, wenig Wissen und Vorurteilen zu tun. Beispielsweise sträubte man sich immer noch, anzuerkennen, dass Gaming ein breites Phänomen sei. Es seien nicht mehr die kleinen dicken Jungs im Keller, sondern es ziehe sich wirklich durch alle Sparten –die DFL schreibe etwa mittlerweile, den Bundesligavereinen vor, demnächst auch E-Sports-Teams zu etablieren. Das sei ein unglaublich großer Markt. Der Spielmarkt sei im Umsatz größer als der Filmmarkt.

Um auf Augenhöhe diskutieren zu können, müsse man nicht auf allen Plattformen vertreten sein. Man müsse sie sich nur einmal angucken, um zu verstehen, was da passiere und wie es funktioniere. Ähnlich handhabe er das auch. Er schaue nicht jedes Jahr jede Staffel des Dschungelcamps, aber er sehe es sich einmal an, um zu wissen, was da passiere und wo die Reise hingehe, um dann ein Verständnis zu haben, wie die Funktionsweise ist. Es sei vielleicht auch wichtig ist, sich das erklären zu lassen, obwohl es nicht mehr die eigene Lebensrealität sei.

Um die Frage der Schulformen habe er sich ein wenig gedrückt. Die Bildungsschicht sei vielleicht schon ein Stückweit entscheidend. Aber dann werde es schon sehr nebulös. Vielleicht sei die sogenannte bildungsfernere Schicht eher naiver im Umgang mit dem Netz. Gruppen, die eher vulnerabel sind, die nach Gemeinschaft suchen und deshalb eher Opfer werden, weil sie vielleicht den Rückhalt nicht haben in der Familie oder im Freundeskreis, seien vielleicht anfälliger. In anderen Bereichen der Forschung zur Radikalisierung oder zum Extremismus erlebe man immer wieder das Ergebnis, dass der Schritt in Richtung Radikalisierung und Extremismus in den vulnerablen Lebensphasen gemacht werde. Das heiße, man habe Probleme mit den Eltern, der Schule, im Freundeskreis, im Übergang von der Schule zu dem nächsten Schritt. Dann sei man offen dafür, auf eine andere Ideologie oder auf andere fremde Personen einzugehen.

Es gebe insgesamt zu wenig Forschung auf dem

Gebiet. Das Einzige, was es gebe, sei die Umfrage von der Medienanstalt NRW. Man könne dankbar sein, dass es so eine erste Studie gebe. Es gebe auch sehr wenig dazu, was in diesen Onlinechats wirklich passiere. Es gehe ja nicht nur um Cybergrooming als Extremmerkmal, sondern überhaupt all die toxische Kommunikation, die unter Jugendlichen auch als Phänomen von Kommunikation und Sprache dort passiere. Das sei eigentlich eine Leerstelle.

Abg. **Heidi Reichinnek** (DIE LINKE.) äußert Verständnis dafür, dass man bei diesem Thema, wie bei so vielen anderen Themen, immer an seine Grenzen komme. Es habe so ein hohes Frustrationspotenzial, weil man wisse, dass der Ansatz viel umfassender sein müsste. Man wisse, wenn Kinder und Jugendliche gestärkt seien, „empowert“, und vor allem auch starke Bindungen und Vertrauenspersonen hätten, dann seien sie eben auch weniger anfällig. Und um das zu erreichen, brauche man natürlich beispielsweise in den Schulen die Sozialarbeit, die nicht nur irgendwie mit einer halben Stelle auf drei Schulen aufgeteilt sei. Man brauche die Lehrer*innen, die überhaupt die Zeit hätten, sich mit solchen Themen zu beschäftigen, und die die auch in ihren Unterricht integrieren könnten. Man brauche auch eine freie Jugendarbeit, die auch fortgebildet werde und die auch ansprechbar sei. Das sei natürlich immer dieses große Thema, um das man hier immer wieder kreise. Da werde man, glaube sie, die eine Lösung für dieses spezifische Thema niemals finden. Prof. Dr. Jarolimek habe es gerade gesagt, das Thema Radikalisierung, Radikalisierungsprävention setze da immer wieder an. Zumindest versuchten vor allem die Menschen aus dem sozialpädagogischen Bereich zu sagen, man schütze junge Menschen am besten dann, wenn man sie stärke, dass sie solchen Verführungen überhaupt nicht erliegen. Denn wenn man da einmal hineinkomme, ist es umso schwerer, wieder herauszukommen.

Konkret interessiere sie die Kooperation mit einzelnen Plattformen. Teilweise gebe es da die Meldemöglichkeiten, teilweise eben noch nicht. Sie fragt, ob es Überlegungen gebe, wie man da zusammenarbeiten könne. Zudem werde bei Tik Tok zum Beispiel Werbung angezeigt. Da könne



man auch mal Werbung in einem vernünftigen Sinne machen. Influencer*innen oder Content-Creator*innen, die es ja durchaus gebe, könnten auch auf diese Themen aufmerksam machen.

Die Abgeordnete Fester habe es auch schon gesagt, es sei ja nicht nur negativ, was im Internet passiere. Es gebe auch sehr viel Positives, also sehr viele wirklich tolle junge Menschen und auch ältere Menschen, die sich mit dem Thema beschäftigten und auch versuchten, anderen näher zu bringen. Die kämen da viel besser heran, als man das hier aus der Politik-, „Bubble“ oder als Polizei könnte. Sie fragt, ob es da eventuell Möglichkeiten gebe beziehungsweise wo da noch die größten Probleme seien. Tik Tok komme aus China, Facebook aus den USA, da müsse man jetzt überlegen, ob das eine so viel schlimmer sei als das andere.

Sie fragt, wie es bei der Polizei mit Ansprechpersonen aussehe und ob da nach seiner Einschätzung eine Bewegung stattfinde. Beim Bereich „Gewalt gegen Frauen“, gerade bei Gewalt in Beziehungen, sehe man es immer wieder, dass, wenn Frauen zur Polizei kämen, das leider an vielen Stellen nicht ernst genommen werde oder man gar nicht wisse, wie man damit umgehen solle. Sie erkundigt sich, ob es besonders gute Stellen gebe, von denen man etwas lernen und ein bisschen Wissenstransfer machen könne.

Abg. **Gereon Bollmann** (AfD) führt aus, aus seiner Sicht sei es eher sekundär, die Lösung für die angesprochenen Probleme im außerfamiliären Bereich zu suchen, wie es in der Debatte vielfach als mögliche Lösung präsentiert werde. Er fragt, wie man die erzieherische Kompetenz der Eltern stärken und auf sie einwirken könne.

In erster Linie seien natürlich, soweit die Kinder noch Kinder seien, die Eltern gefordert. Im jugendlichen Alter lösten sie sich dann im mehr und mehr nach außen. Es müssten da vielleicht auch Schutzmechanismen greifen, und wo sie nicht griffen, scheitere es seiner Einschätzung nach an der Kompetenz der Eltern. Der Fokus, was die ganz kleinen Kinder angehe, solle nach seiner Ansicht auf der Bewusstmachung der

Problematik auf Seiten der Eltern liegen. Jeder mache da seine eigenen Erfahrungen. Aus seiner subjektiven Wahrnehmung erlebe er es zum Beispiel nicht so, wie zuvor gesagt worden sei, dass die Kinder heute nicht mehr telefonierten. Seine Tochter rufe viel an und werde auch im gleichen Umfang angerufen. Der Punkt sei hier eigentlich, wie es auch schon angesprochen worden sei, die Verantwortung dabei, das Vertrauen. Das seien Schlagwörter, die eine große Rolle spielten. Wichtig sei, dass die Kinder das Vertrauen in erster Linie bei den Eltern einforderten und umgekehrt die Eltern ihren Kindern gegenüber.

Beim Thema Cybergrooming mache man es sich als Eltern möglicherweise auch etwas zu leicht, wenn man Verantwortung delegiere. Da nehme er sich selbst nicht aus. Jeder habe ein Virenschutzprogramm auf seinem Rechner, das man sich für viel Geld kaufe. Wenn die Kinder jetzt auch Smartphone und Rechner hätten, gehe man als Eltern hin und kaufe sich ein Zusatzprogramm zu diesem Programm, was man kenne. Das installiere man dann und denke, damit sei alles geritzt. Das sei es aber bei Weitem noch nicht, denn es passiere da nicht viel. Seine Tochter habe ihm kürzlich erzählt, sie sei auch angeschrieben worden. Er habe dann erstmal Angst gehabt, auch wenn sie als Eltern das vorher mit ihr besprochen hatten. Das sei ein großes und wichtiges Feld, was beachtet werden müsse. Der Kontakt zwischen Eltern und Kind dürfe in dem Bereich also auch nicht leiden, damit man da eine schnelle Reaktion habe. Man könne aber dann wenig tun. Selbst mit so einem Programm neige man dazu, Verantwortung zu delegieren und zu sagen, gut, ich habe jetzt dieses Programm für viel Geld installiert, da kann ja nichts passieren. Es könne gleichwohl viel passieren. Sein Frageschwerpunkt sei, wie man das noch verbessern könne. Vertrauen sei immer die Sache in der Familie, das könne man natürlich als Staat relativ wenig beeinflussen. Das sei entweder da oder nicht. Es sei noch eine offene Frage, wie man Maßnahmen wie Schulung oder Bewusstwerden auf Seiten der Eltern zu dieser Problematik angehen könne.

Der **Vorsitzende** bittet Prof. Dr. Jarolimek darum,



am Ende der Diskussion auch etwas dazu zu sagen, was er von der Kinderkommission erwarte, wie man ihm helfen könne. Man habe ja ein gemeinsames Ziel: den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor unüberlegten Aktionen, insbesondere im Internet. Man habe den vom Grundgesetz geschützten Bereich der Unverletzlichkeit der Wohnung. Man habe den Schutz von Ehe und Familie in Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes. Das heiÙe, das sei ein Bereich, in den man von auÙen seitens der Ermittlungsbehörden oder der Polizei schlecht hineinkomme, es sei denn, diese seien auch im Netz unterwegs. Wichtig sei auch die Frage, wie der Kollege Bollmann angesprochen habe, wie man die Elternkompetenz stärken könne, wie die Eltern merken könnten, dass irgendwas sei. Wie die Jugendlichen reagierten, wenn sie tatsächlich mit Cybergrooming, konfrontiert würden. Er könne schwer glauben, dass sich die Jugendlichen im Alter von 13, 14, 15, 16 Jahren gleich vertrauensvoll an ihre Eltern wendeten. Wenn überhaupt, dann redeten sie mit ihren Kumpels darüber. Er glaube, die Eltern seien absolut uncool für solche Themen. Er glaube nicht, dass seine Söhne zu ihm kämen, wenn sie irgendwo angemacht würden. Die werden erstmal mit ihren Kumpels reden. Wie könne man das ändern? Wie könne man Strukturen aufbauen und bekannt machen, wo die Jugendlichen sich hinwenden könnten? Sich an eine anonyme Stelle zu wenden sei möglicherweise leichter zugänglich als die Eltern. Bei den Eltern würden sie sich eher schämen. Er befürchte, dass Jugendliche eher mit der Polizei eher Kontakt aufnahmen als mit den Eltern, wenn etwas vorgefallen sei. Er teile den Optimismus nicht, dass die Eltern, die eigentlich die gekorenen Ansprechpartner seien, in diesem Bereich in diesem Alter tatsächlich noch viel Einfluss auf das Verhalten der Jugendlichen hätten. Er wünschte, es wäre anders, aber er befürchte, es sei leider so.

Prof. Dr. Stefan Jarolimek betont, wie bei vielen Phänomenen müsse man auch hier versuchen, auf verschiedenen Wege anzugreifen, sowohl über das Vertrauen zu den Eltern, als auch über andere Wege, vielleicht nichtfamiliäre Vertrauenspersonen.

Auf die Frage der Abgeordneten Reichinnek zu konkrete Ideen antwortet er, die Stadtpolizei Winterthur (*Schweiz*) könne als Beispiel dienen. Die sei auf Tik Tok und Instagram unterwegs und mache da Jugendprävention. Sie sei ansprechbar für die Jugendlichen und gebe Hinweise. Wenn man sich das anschau, seien das genau die Themen, die Jugendliche umgeben: zum Beispiel das Thema Überfall, Abziehen, was in Großstädten überall Thema sei für Jugendliche. Die Frage, ob man ein Messer mitnehme oder nicht. Denn Jugendliche liefen ja mit North Face Jacke und den Nike Air Force und iPhone herum, also mit 1.500 € am Leib. Ein anderes Thema seien E-Scooter Regeln. Aber auch Cybergrooming werde angesprochen. Das seien die Themen, die die Polizei Winterthur für die Jugendlichen anbringe. Tatsächlich habe das Internet auch sehr viele positive Effekte. Man könne Transparenz schaffen. Man könne Bürgernähe viel, viel deutlicher schaffen als der Bulle im Streifenwagen, denn der sitze nur rum. Die Polizei sei eine Autopolizei, trotz Fahrradstreife. Im Internet sei man ansprechbar, man könne ganz leicht Kommunikation herstellen, die sonst von Örtlichkeiten abhängig sei etc. Das sei etwas Konkretes, um da zu sein für die Jugendlichen. Er habe kürzlich auf einer Tagung des ProPK gesprochen und gesagt, eigentlich seien Kinder und Jugendliche die vergessene Generation in der Prävention, weil sie nicht angesprochen würden. Zum Beispiel die Kampagne „Zivile Helden“ des ProPK finde er wunderbar. Die laufe aber über Twitter. Das sei ja schön für Journalisten und Politiker, dass die das auch sähen, aber Twitter habe in Deutschland eine regelmäßige Nutzung von 4 %. Da erreiche man vor allem nicht die Jugendlichen und Kinder, sondern dafür müsse man auf die Plattformen gehen, wo die unterwegs seien. Prävention müsse da stattfinden, wo die Zielgruppe unterwegs sei. Das sei ganz konkret ein Hinweis: Jugendpräventionsarbeit da stattfinden zu lassen, online ansprechbar zu sein. Die Jugendlichen nähmen schon wahr, was die Polizei mache. Dazu habe es im letzten Jahr eine Studie im Rahmen von einer Masterarbeit in Niedersachsen gegeben, wo auch Schüler*innen befragt worden seien. Die seien alle schon mal Opfer geworden von Mobbing oder Ähnlichem in diesem digitalen Raum und deshalb auch ganz konkret: Dort müsse man ansprechbar sein und



auf die Kanäle gehen, wo die Jugendlichen unterwegs seien. Er glaube nämlich auch, dass die Jugendlichen, sich von ihren Eltern nichts mehr sagen ließen. Er frage ab und zu mal bei seiner fast 16jährigen Tochter nach. Mit ihr habe er vor fünf Jahren einen „Handyvertrag“ gemacht, mit ihrem ersten Handy. Den ziehe er ab und zu nochmal raus, um zu warnen.

Auch die Zusammenarbeit mit Influencern sei oft so ein Punkt, zu dem man mit Jugendlichen erstmal ins Gespräch kommen müsse. Seine Tochter und eine Freundin hätten vor kurzem gesagt, die hätten bei Lidl die Elevator Boys gesehen. Die Elevator Boys hätten 10 Millionen Follower in Deutschland. Die machten einfach Bilder aus dem Aufzug raus, einmal auch mit Heidi Klum. Er habe davon nichts gewusst. Also seien das oft dann Leute, die er einfach nicht kenne, aber die Jugendlichen kennten die alle und schauen diese Videos an. Mit solchen Influencern könne man zusammenarbeiten, man könne sie quasi als „Prominente“ mit nutzen, um Präventionsbotschaften zu setzen oder eine gemeinsame Kampagne zu machen. Die Fernsehwerbung von vor einigen Jahren zu „Schau hin!“ sei eigentlich ziemlich gut. Aber das sei eigentlich eine reine Aufmerksamkeitskampagne, ob sie darüber hinaus wahrgenommen worden sei, könne er nicht beurteilen.

Zur Frage des Abgeordneten Bollmann führt Prof. Dr. Jarolimek aus, die Verantwortung allein in der Familie zu verorten, sei schwierig. Man müsse ja die Eltern erstmal dahin bekommen, dass sie gerade dann, wenn die Kinder einstiegen mit Smartphone, PlayStation etc., Regeln festlegten. Damit seien die Eltern oft überfordert. Das höre er in Schulen, wenn da Elternabende zu diesem Thema durchgeführt würden. Die Kinder daddelten den ganzen Tag, was solle man da tun. Eltern könnten damit ganz schlecht umgehen. Als sein eigener Sohn mit 12 Jahren angefangen habe mit Smartphone und Spielen, habe er Grundregeln festgelegt. Die PlayStation sei im Wohnzimmer und bleibe dort. Sein Sohn habe sich nicht mit anderen Leuten verbinden und einfach chatten dürfen. Er habe mit ihm einen „Handyvertrag“ geschlossen. Das seien Sachen,

die man aus der Medienpädagogik kenne, aber die in der Bandbreite den Eltern näher zu bringen, sei dann wirklich die Multiplikatorenrolle der Schule. Die Schulen lernten nach seiner Wahrnehmung, ähnlich wie die Polizei, erst aus negativen Vorfällen. Erst, wenn es viele Mobbingvorfälle gebe, Cybergrooming oder mittlerweile auch häufiger Suizide bei den weiterführenden Schulen, lernten sie, dass sie da eine stärkere Rolle hätten. Wie es auch die Abgeordnete Lahrkamp gesagt habe, wenn es irgendwann mal so etwas gebe wie ein Fach „Medienkunde“, dann hätte man die Experten an jeder Schule. Die Abgeordnete Reichinnek habe die Sozialarbeiter angesprochen, das kenne er auch. Da gebe es dann irgendwie eine halbe Stelle über drei Schulen oder am siebenzügigen Gymnasium zwei Stellen für 1000 Schüler, das funktioniere nicht. Da müsse man nachbessern und ganz konkret dahin gehen, wo die Zielgruppe auch sei. Man brauche keine Anzeige in der Tageszeitung mehr zu schalten, da gucke die Zielgruppe nicht mehr rein und im Zweifel sogar die Eltern der Zielgruppe von Mitte 30 bis Mitte 40 auch nicht mehr. Das habe sich gewandelt. Man müsse genau hinschauen, wo es sich lohne, Werbung zu schalten und Geld in die Hand zu nehmen. Das sei ein großer Vorteil von Social Media – man könne wirklich zielgruppenspezifisch und kostengünstig Werbung machen. Es sei viel günstiger, als hinten auf der TV Spielfilm für 20.000 € eine Werbung zu platzieren. Sehr viel günstiger und zielgruppengenaue, mit einer gemeinsamen Kampagne. Er wisse nicht, wie weit es gediehen sei, die vielen Player, die es da gebe, gemeinsam in ein Boot zu bekommen. Das sei vielleicht auch die politische Arbeit, diese so unter Druck zu setzen, dass man sie zusammenbekomme. Und die Player aus den Verbänden seien auch schon lange dabei und kennen sich eigentlich alle, soweit er das über die letzten 10 Jahre verfolgt habe. Die wechselten mal von einem Verband zum anderen, aber es seien oft dieselben Personen.

Der **Vorsitzende** unterstreicht, er teile die Auffassung, dass die Kampagne „Schau hin!“ sehr viel Aufsehen erregt habe. Im Dezember habe die Kinderkommission sich mit dem Thema des sexuellen Kindesmissbrauchs befasst und gesehen, dass dieser oft nicht durch Fremde,



sondern im häuslichen Bereich stattfindet. Dazu habe das Familienministerium eine neue Kampagne gestartet, die er für sehr gelungen halte.

Man könne auch nach der Erstellung des Protokolls an das Ministerium herantreten, sich erkundigen und die Erkenntnisse aus dieser Sitzung dorthin weitergeben. Es wäre natürlich sinnvoll, bundesweit zu agieren; es nütze nichts, wenn das nur in Bayern oder in Unterfranken oder in Brandenburg oder sonst wo gemacht werde. Die Kinderkommission selbst habe wenig Befugnisse, sondern werde beratend oder begleitend tätig.

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende bei Prof. Dr. Jarolimek für seine Anregungen und seine Expertise. Er gehe davon, dass diese Thematik die Politik sicher die nächsten Jahre weiter beschäftigen werde.

Prof. Dr. Stefan Jarolimek (Deutsche Hochschule der Polizei in Münster) erwidert, wenn man die Punkte umsetze, die heute besprochen worden seien, insbesondere die Zielgruppe zu erreichen und vielleicht in den Schulen ein passendes Schulfach einzuführen, wäre das wirklich toll.

Vielen Dank für die Einladung.

Schluss der Sitzung: 15:50 Uhr

Paul Lehrieder, MdB
Vorsitzender